

Der

Freisinn

FDP

Nr. 11
November 1989
11. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Zeitschriften
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Wachstumsverlangsamung
bei anziehender Geldentwertung

Spätphase der Hochkonjunktur

Die Weltwirtschaft und mit ihr die schweizerische Volkswirtschaft haben nun rund sieben Jahre einer vorteilhaften Konjunktur hinter sich, und noch immer stehen die Zeichen auf ökonomischem Wachstum. Von einer Verlangsamung des Aufschwungs ist allerdings seit längerem die Rede.

Das binnenwirtschaftliche Wachstum in der Industrie, im Gewerbe und in den Dienstleistungszweigen wird gegenwärtig sichtlich dadurch gebremst, dass sowohl die sachlichen als auch die personellen Kapazitäten vielerorts nahezu erschöpft sind. Die meisten Produktionsanlagen sind voll ausgelastet, und am Arbeitsmarkt herrscht ein ausgeprägter Mangel namentlich an beruflich qualifizierten Kräften.

Mit der Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte kann nicht mehr im gleichen Ausmass wie in den letzten Jahren gerechnet werden. Auch ist zu beachten, dass trotz anhaltend hohen Ausstattungsinvestitionen die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität vergleichsweise schwach geworden ist. Die jüngsten Massnahmen auf dem Gebiet der Bodenpolitik zeigen zudem eine Akzentuierung der sich ohnehin allmählich abzeichnenden Verlangsamung der Bau nachfrage an.

Da überdies der Welthandel im kommenden Jahr weniger stark expandieren dürfte als seit dem Beginn der globalen Aufschwungphase im Jahr 1982, schliessen die massgeblichen Konjunkturprognosen auf eine Dämpfung der Zuwachsraten des realen Sozialprodukts. Diese Rate wird 1990 wahrscheinlich noch auf etwa zwei Prozent gelangen, nach je rund drei Prozent 1988 und 1989.

Dabei wird aber allgemein eine Verstärkung der Geldentwertung vorausgesagt. Gemessen an den Einzelhandelspreisen, dürfte die Teuerungsrate nach rund drei Prozent im laufenden Jahr vorerst mindestens vier Prozent erreichen.

Spezifisch erklärt sich diese Erwartung aus den geldwirtschaftlichen Entwicklungen der letzten zwei Jahre. Nach dem «Börsencrash» von 1987 hatten nämlich die Notenbanken zahlreicher Länder, auch der Schweiz, die

Wirtschaft mit zusätzlicher Liquidität versorgt, um rezessive Weiterungen abzuwehren. Es folgte eine ausgeprägte Baisse der Zinssätze, bedingt durch ein vorübergehendes Überangebot an flüssigen Mitteln.

Die Verschärfung des Preisauftriebs war damit gleichsam programmiert, und da erfahrungsgemäss Veränderungen der Geldversorgung erst mit gewissen Verzögerungen auf die Preise durchschlagen, wird denn auch bis weit ins nächste Jahr hinein mit einer anziehenden Teuerung gerechnet.

Die Schweizerische Nationalbank hat freilich die geldpolitischen Zügel im Herbst 1988 folgerichtig wieder gestrafft und ihren restriktiven Kurs Anfang 1989 nochmals verstärkt. Ihr Festhalten an diesem Kurs auch angesichts der konjunkturellen Abschwächungssymptome dokumentiert heute ihren Willen, ihre stabilitätspolitische Schlüsselrolle wahrzunehmen.

Das damit verbundene hohe Zinsniveau dient im übrigen der Gewährleistung eines hinreichend festen Aussenwertes des Frankens. Dieser war 1988 durch eine auffallende Schwäche charakterisiert gewesen. Er hat sich nun ein Stück weit erholt, was um so bedeutsamer ist, als eine schwache Inlandvaluta infolge hoher Beschaffungskosten für Fremdwährungen stets die «importierte Inflation» anheizt. Falls die straffe Geldpolitik durchgehalten wird, dürfte nach dem Sommer 1990 bei normalisierten Zinsverhältnissen die Inflation erneut abflauen.

Die FDP-Tagung «Liberalismus der neunziger Jahre» rückt näher

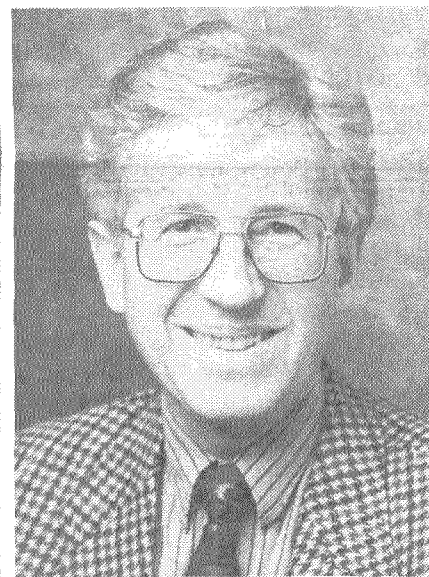
Eine Neubesinnung tut not

Hat der Liberalismus in Zukunft eine Chance? Was bedeutet liberale Politik heute und morgen? Was heisst Freiheit des Menschen in einem hochkomplexen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Umfeld, das durch den Wandel vieler Werte, durch den Rückgang von Orientierungsmustern und durch eine «neue Unübersichtlichkeit» gekennzeichnet wird? Dies sind Fragen, denen sich die FDP als Hüterin des liberalen Gedankenguts stets von neuem zuwenden muss meint FDP-Ständerat René Rhinow (BL).

Unsere tägliche Politik in den einzelnen Sachbereichen bedarf einer Orientierung an liberalen Grundsätzen und Grundwerten. Diese Grundwerte stehen nicht auf alle Zeit hinaus unverändert fest; sie sind nicht einfach abrufbar. Sie erschöpfen sich auch nicht in einem negativen Bild der individuellen Freiheit des «Laissez-faire» oder des «weniger Staat», weil es für die liberale Bewältigung moderner Probleme oft gerade darauf ankommt, welche staatliche Massnahmen im Verbund mit privaten Bestrebungen und Verantwortlichkeiten zu treffen sind.

Die letzte Grundsatzdiskussion über liberale Politik innerhalb der FDP Schweiz mündete in die sog. Rigi-Thesen; diese stammen aus dem Jahre 1981. Seither hat sich einiges verändert – etwa das geschärfte Bewusstsein für Fragen des Wirtschaftswachstums, der Bodennutzung, der ökologischen Bedrohungen, der Ambivalenz neuer Technologien. Geändert haben sich auch die schweizerische Gesellschaft selbst und die von ihr produzierten oder zu bewältigenden Probleme (z. B. Aids, Drogen, Asyl), die Parteienlandschaft, die internationalen Herausforderungen usw.

Eine Neubesinnung tut deshalb not. Dabei kann und soll an die vorzüglichen Rigi-Thesen angeknüpft werden. Wir müssen nicht von vorne beginnen, sondern können weiterhin Gültiges bestätigen sowie Anpassungen und Erweiterungen dort vornehmen, wo sich dies namentlich auf Grund des veränderten Umfeldes aufdrängt. Wegleitend soll sein, dass grundsätzliche, aber «handhabbare» Antworten auf grundsätzliche und aktuelle Probleme gesucht werden – Antworten, die



nachher auch Eingang in die tägliche politische Arbeit finden können. Wir wollen uns weder im Hochabstrakten noch im Alltäglichen verlieren.

An solchen grundsätzlichen Fragen fehlt es nicht. Stellvertretend seien (in Stichworten) genannt: das Menschenbild des Liberalismus (denken wir nur an den rationalen, nutzenmaximierenden, selbstverantwortlichen «Macher»?), der Einbezug der Freiheitsinteressen künftiger Generationen (wie erhalten wir ihre Freiheit?), die ökologischen Grenzen der menschlichen Freiheit (gehören Handlungen, welche geeignet sind, langfristig unsere Lebensgrundlagen zu zerstören, überhaupt noch zur schützenswerten Freiheit?) oder die Abgrenzung des modernen Liberalismus von anderen Haltungen, insbesondere auch vom Konservatismus.

Der Fragen sind genug – eine Teilnahme an der Tagung vom 13. Januar 1990 lohnt sich auf jeden Fall.



Zweimal Nein

Nein zur Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik», Nein zu Tempo 130/100: diese Abstimmungsparolen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) beschlossen die Delegierten an ihrer Versammlung am 21. Oktober 1989 in Bern (Bild, im Hintergrund die Geschäftsleitung, ganz links Gastreferent Professor Jozef Goldblat). Vorausgegangen war eine intensive Auseinandersetzung und rege Diskussion.

Abstimmungsparolen der FDP der Schweiz

für die eidgenössische Volksabstimmung vom 26. November

Initiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik»

NEIN

Initiative «pro Tempo 130/100»

NEIN

Hinter- und Vordergründe für die aktuelle Wirtschaftslage in Polen

«Wir brauchen euren Weizen nicht»

Vieles auf dieser Welt ist im Umbruch. Auch im Osten, in der UdSSR, in Ungarn, in Polen. FDP-Nationalrat Dr. Urs Scheidegger, Solothurn, analysiert.

Der Bundesrat will Ungarn und Polen helfen: einerseits kurzfristig, dann aber auch mittel- bis langfristig. Das Kurzfristprogramm ist leider schon abgewickelt, indem Weizenüberschüsse in Ungarn gegen harte Währung aufgekauft wurden und man diesen Weizen, zusammen mit schweizerischen Milchprodukten, nach Polen als Lebensmittelhilfe schickte. Nur, die Reaktion in Polen auf die gutgemeinte humanitäre Sofortmassnahme der Schweiz ist sehr unterschiedlich: sie reicht von zurückhaltender Dankbarkeit bis zur strikten Ablehnung: «Wir wollen und brauchen euren Weizen nicht.» Man will rasche Wege für die Verschuldungsfragen, Abbau der Handelshemmnisse, Kooperation in High-Tech, Verhandlungen Richtung EFTA/EG. Allerdings sind für 2,9 Millionen Franken Milchprodukte und für 2 Millionen Franken Weizen bereits geliefert...

Wirtschaftshilfe nötig

Die neue Situation in Polen bringt einen regen Politourismus zwischen Polen und Europa, aber auch zwischen Polen und der Schweiz mit sich. So weilte dieser Tage der Sejm-Marschall Mikolaj Kozakiewicz (Parlamentspräsident) in der Schweiz, National- und Ständeratspräsident mit zugewandten Orten reisen gelegentlich nach Polen, eine kleine Delegation der FDP Schweiz besuchte Exponenten der Demokratischen Partei Polens. Sowohl politische Kontakte wie Wirtschaftshilfe sind heute für Polen sehr willkommen und wichtig.

Wie konnte es eigentlich zur absurden Situation kommen, dass ein bis vor kurzer Zeit zumindest für die Selbsternährung autonomes Agrarland heute Hilfe braucht? Es wäre zu einfach, für die Mangelsituation in Polen nur den Kommunismus verantwortlich zu machen. Um die heutige Situation besser zu verstehen, muss im Wirtschaftsgeschichtsbuch nachgeblättert werden, und diese Geschichte ist sehr wechselvoll.

Zwar pocht Polen mit Nachdruck und Recht darauf, kein Entwicklungsland zu sein. Und trotzdem gehört es natürlich auf der Wirtschaftskarte Europas zu jenen Stellen, die nach den gängigen Definitionen noch am wenigsten entwickelt sind (was sich keineswegs auf das Kultur- und Geistesleben bezieht, existiert doch in Krakau eine der ältesten Universitäten).

Tiefe Kriegsspuren

Insbesondere der Zweite Weltkrieg hinterliess in Polen beson-

ders tiefe Spuren. Das menschliche Leid, das Hitler-Deutschland Polen zugefügt hat, lässt sich kaum in Zahlen fassen.

Sechs Millionen Menschen (22 Prozent der Gesamtbevölkerung) fielen den sinnlosen Morden zum Opfer. Es wurden aber auch grosse Teile der Industriebetriebe, der Landwirtschaft, der Infrastruktur usw. vernichtet. Die vereinzelt Ansätze zur Industrialisierung in Polen wurden durch den Krieg zunichte gemacht. Der Rückstand zu den anderen europäischen Ländern vergrösserte sich noch einmal.

Entwicklung nach dem Krieg

Polens Wirtschaftsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ist durch den versuchten, ambitionierten und raschen Übergang vom rückständigen Agrarland mit nur wenigen Industriebetrieben zum modernen Industrie-/Agrarstaat gekennzeichnet, und zwar nach russischem Vorbild.

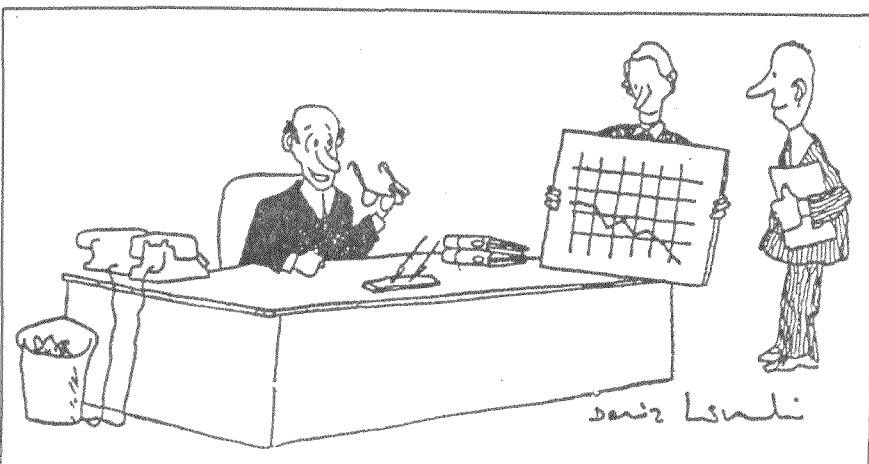
Das kommt etwa auch in der Entwicklung der Struktur der Erwerbstätigen zum Ausdruck: Noch 1931 waren über 70 Prozent der erwerbstätigen Polen in der Landwirtschaft tätig. 1960 waren es 47 Prozent, 1980 etwas mehr als 30 Prozent, 1985 noch 24 Prozent. 1937 beteiligte sich die Landwirtschaft mit einem Anteil von 50 Prozent am Nationaleinkommen, während sich der Anteil der Industrie auf nur 30 Prozent belief. Beim erheblich gewachsenen Nationaleinkommen von 1985: Landwirtschaft 9 Prozent, Industrie 40 Prozent.

Berufstätige in der polnischen Landwirtschaft von 1931 bis 1985

Jahr	Berufstätige (in Prozenten der total Berufstätigen) in der Landwirtschaft	ausserhalb der Landwirtschaft
1931	70,3	29,7
1950	56,6	43,4
1960	47,1	52,9
1970	37,1	62,9
1980	30	70
1985	24	66

Die Zahlen über die Berufstätigen in der polnischen Landwirtschaft von 1931 bis 1985 (siehe Kasten) deuten die rasche Industrialisierung Polens an. Sie lassen aber auch den komplexen Wandel vom Agrar- zum Industrie-/Agrarland mit der Umgewöhnung vieler Leute an die Industriekultur, mit den Migrationsströmen vom Land in die Stadt erahnen.

Die Landwirtschaft Polens ist heute noch, im Gegensatz etwa zur Sowjetunion oder zu den übrigen Satelliten, hauptsächlich durch den privaten Landwirtschaftsbetrieb, den meist kleinen Familienbetrieb, gekennzeichnet.



Gespräch im alten Establishment: «Wieder schlechtere Wirtschaftsergebnisse? Na, prima, dann sind wir also immer noch an der Macht.» («Prawo i Zycie», Warschau, Nr. 29/1989)



Hilfe an Polen ist heute auch Demokratiehilfe. Dass die Polen den Weg in die Demokratie beschritten haben, beweist u. a. diese Inschrift: «Wir wachen» heisst es beim Eingang zur Pfarrkirche von Popieluszko.

Schaffs Analyse

Schon oft wurde versucht, die Vorgänge in Polen in den letzten Jahren zu analysieren. Der früher klar kommunistische polnische Philosoph Adam Schaff analysierte die polnische Szene aus streng marxistischer Sicht. Er ist der Meinung, dass – wenn man das polnische Syndrom verstehe – auch klar werde, dass die polni-



Die galoppierende Inflation: «Nein, wart noch. Stell den neuen Preis erst hin, wenn sie am Verkaufstisch ist.» (Express Wieczorny», Warschau 16. 8. 1989)

schen Ereignisse nicht den Bankrott des Marxismus beweisen, weil sie nicht das Resultat der Verwirklichung der marxistischen Lehre sind, sondern im Gegenteil die Folge von Handlungen, die den Lehren des Marxismus zuwiderlaufen.

Hinter dem genetischen Syndrom der polnischen Ereignisse stehen nach Adam Schaff drei Sünden:

- Die erste Sünde (Erbsünde): der Versuch, den Sozialismus in einem Lande einzuführen, das dafür weder die objektiven noch die subjektiven Bedingungen besass.

- Die zweite Sünde: der Versuch, den Sozialismus einzuführen, ohne die Bedingungen der Gesellschaftspsychologie zu beachten.

- Die dritte Sünde: Handlungen, die zur Entfremdung der Partei, der im sozialistischen System unabdingbaren Führungskraft, geführt haben. Zurückgreifend auf Marx stellt Schaff unter anderem fest, dass der Egalitarismus der Armut noch längst keinen Sozialismus darstelle.

Okzident und Orient

Dass sich in Polen Okzident und Orient in der Geschichte bis heute

mehrmals die Hände gereicht haben, lässt sich an vielen Beispielen ablesen. Allerdings, das Ja Polens im 10. Jahrhundert zum Christentum, das bedeutete ein klares Ja zum Okzident, zu Rom, zur westlichen Kultur. Ja Polen wurde geradezu die östliche Vormacht der westeuropäischen Kultur. Es wurde das Grenzland zum Orient, zur Orthodoxie, zu Byzanz.

«Gerechtigkeit und Frömmigkeit sind die beiden Fundamente einer jeden Herrschaft.» Dieser Spruch ist auf einem der drei Renaissance-Tore in Danzig zu lesen. Zwar liess sich das kommunistische System auf eine friedliche Koexistenz mit der Kirche ein, aber als eigentliche moralische Kraft wurde die Kirche viel zu wenig von Parteigewaltigen anerkannt. Der Tatsache, dass 95 Prozent der Polen aktive Katholiken sind, begegnete man von seiten der Partei mit militantem Atheismus.

Zwar ist Polen nur ein Industrie-/Agrarland, ein Land auf dem Entwicklungsniveau der Schwellenländer und nicht der modernen Industriestaaten; das sind aber rein quantitative Kriterien. Qualitativ ist doch ganz klar festzustellen, dass Polen eine Kulturnation darstellt, eine Kulturnation mit starken historischen Bindungen.

Externe Hilfe

Polen ist jedoch heute auf externe Hilfe angewiesen, westliche, schweizerische Hilfe. Hilfe an Polen ist heute auch eine Demokratiehilfe! In diesem Sinne könnte die Hilfe des Bundes an Polen nur ein ganz, ganz kleiner Tropfen auf einen sehr, sehr heissen Stein sein.

Was in Polen geschieht und noch geschehen wird, hat Bedeutung für ganz Europa und die ganze Welt. Deshalb reichen gute Wünsche nicht aus. Es braucht substantielle Hilfe, nicht für einen Winter, nicht zur Gewissensberuhigung, vielmehr Hilfe in einer schweren Zukunft, in der die Polen noch viele Opfer zu bringen haben. Es ist eine Forderung des aufgeklärten Selbstinteresses des Westens, dass Polens Demokratie ein Erfolg wird und dass Polen eine soziale Marktwirtschaft entwickelt, die auf Dauer die Demokratie trägt und stärkt.

Die Geschichte kennt viele Beispiele, in Polen und anderswo, dass Demokratien scheitern können an der Wirtschaftsmisere. Es gibt keine Garantie, dass Demokratie zu wirtschaftlicher Blüte führt, und man kann sich fragen, wie lange die neue Regierung überhaupt noch Zeit hat, die dringend notwendigen Einschnitte in das Wirtschaftsleben und die Umstellung des Währungssystems zu vollziehen – die internationale Abdeckung wird dringend not-

wendig sein, ja lebenswichtig, ohne dass der Wähler die neue demokratische Regierung für die schmerzhaften Folgen verantwortlich macht.

Kritik an Schweizer Hilfe

So ist es zwar einerseits erfreulich, dass die Schweiz Polen in der schwierigen Situation helfen möchte, doch war die Art der humanitären Soforthilfe falsch: gesetzliche Gründe dürfen hier nicht vorgeschoben werden. Auch in Polen war die Ernte 1989 gut, die Bauern geben allerdings ihre Produkte nur zaghaft an den Markt weiter, dies aus Gründen der Hyperinflation (1989 rechnet man mit einer Jahresteuierung von 1000 Prozent!). Die politischen Behörden verhandeln nun mit den Landwirten, und eine Lösung ist in Sicht.

Die Versorgungssituation in Polen ist zurzeit, und dies nicht unerwartet, ein Preis- und nicht ein Mengenproblem. Ein Sprichwort sagt: «Wer schnell gibt, gibt zweimal», und dies lässt sich gut auf die Schweizer Hilfe übertragen.

Ideen

Es gibt viele andere Gebiete als die von der Schweiz avisierten, wo Soforthilfe dringend nötiger gewesen wäre! Insbesondere fehlt es im Gesundheitswesen an Ecken und Enden, und da wären die 5 Millionen viel besser angelegt.

Man hätte sich auch überlegen können, ob denn nicht auf die 5 Millionen gar hätte verzichtet werden können, zugunsten einer Aufstockung der mittelfristigen Hilfe. Und hier könnte die Schweiz tatsächlich im Bereiche Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten (Polen ist ein grosser Milchproduzent, die Schweiz könnte mit ihrem Know-how in der Herstellung von Kindermilchprodukten sehr viel Positives bieten) oder der Lagerung oder Verteilung von Lebensmitteln Bedeutendes leisten (man rechnet in Polen damit, dass 30 Prozent der Lebensmittel durch Transport und falsche Lagerung verlorengehen).

Es gibt also x Möglichkeiten. Polen eine bessere, ehrlichere und substantiellere Hilfe anzubieten als die nun vollzogene. Es kann doch nicht darum gehen, überreichlich vorhandene Milchprodukte aus der Schweiz nach Warschau zu senden und zu meinen, die Schweiz leiste damit einen substantiellen Beitrag für die Stabilisierung der ökonomischen Situation in Polen. Es darf doch nicht sein, dass schweizerische humanitäre Soforthilfe in erster Linie «Hilfe» für unsere Bundesrat kann das Rad bei den mittelfristigen Massnahmen noch zum Besseren wenden!

Verstärkung der Prävention und der Verfolgung des Drogenhandels:

Voraussetzungen für die Entkriminalisierung

Der Kampf gegen das Drogenproblem muss in vier Hauptrichtungen geführt werden: Im Vordergrund stehen verstärkte Massnahmen auf dem Gebiet der Prävention und der Information, der Ursachenforschung, der Therapieangebote und der Wiedereingliederungsmöglichkeiten. Zweitens muss der Kampf gegen den Drogenhandel verstärkt werden. Drittens sollen die heutigen Möglichkeiten des Zwangsentzugs gegenüber Drogenabhängigen vermehrt zur Anwendung gelangen. Unter diesen Voraussetzungen kann viertens die Entkriminalisierung des Drogenkonsums ins Auge gefasst werden.

Diese Positionen hält die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) in ihrer Vernehmlassungantwort auf den Bericht «Aspekte der Drogensituation der Schweiz» fest. Der FDP-Delegiertenrat hat diese Stellungnahme am Freitag, 20. Oktober 1989, in Bern diskutiert und verabschiedet. Gleichzeitig wurde die Absicht der FDP festgehalten, das Thema an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vertieft und breit abgestützt zu behandeln. Dazu gehört insbesondere die Analyse der internationalen Verflechtungen.

Ausgangspunkt der Freisinnigen sind drei Prämissen:

- Der Konsum von Suchtmitteln ist aus sozialen und politischen Gründen unerwünscht, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

- Eine drogenfreie Gesellschaft ist eine Illusion; drogenpolitische Zielsetzung kann deshalb nicht allein die Drogenabstinenz sein; auch der adäquate Umgang mit Suchtmitteln und Drogenabhängigen ist anzustreben.

- Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit.

Die FDP spricht sich für die Strafbarkeit jeglichen Drogenhandels aus. Sie fordert, dass Anstrengungen in diesem Bereich verstärkt werden.

Die FDP schlägt vor allem vor, einen neuen Straftatbestand zu schaffen, wonach auch die Zugehörigkeit zu kriminellen Vereinigungen bestraft wird. Wenn klare Indizien für Straftaten im Zusammenhang mit Drogenhandel vorliegen, ist zudem die Beweislast umzukehren. Die Freisinnigen wünschen, dass die Einführung einer Devisendeklaration für hohe Beträge an der Grenze geprüft wird und dass bei unseren Botschaften eine Dienststelle für einen Verbindungsbeamten der Drogenfahndung geschaffen wird. Die FDP ist zudem der Meinung, dass der Kampf gegen Händlerringe auch auf dem Weg der verdeckten Fahndung aufgenommen werden muss.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Drogenhandels stehen auch verstärkte Anstrengungen zugunsten der Süchtigen zur Diskussion. Bei jugendlichen Süchtigen ist verstärkt der fürsorgliche Freiheitsentzug ins Auge zu fassen, um Therapien durchzu-

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

diesem Zweck müssten die notwendigen Therapieheime geschaffen werden.

Die Aktivitäten der Dealer sind durch entsprechende Polizeikontrollen in der Drogenszene zu bekämpfen. Eine Konzentration der verschiedenen Betreuungs- und Beratungsstellen in unmittelbarer Szenennähe ist zu vermeiden. Für diese Einrichtungen ist eine Zentralisierung anzustreben.

Sofern diese Massnahmen konsequent durchgeführt werden, könnte auch bei der Entkriminalisierung des Drogenkonsums vermieden werden, dass der Verzicht auf die Strafbarkeit als Freigabe verstanden würde. Der FDP-Delegiertenrat hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums anzustreben. Dies vor allem deshalb, weil nicht erwiesen ist, dass die Strafbarkeit des Drogenkonsums die erhoffte abschreckende Wirkung hat.

Die vollständige Stellungnahme der FDP Schweiz zum Drogenbericht kann beim Generalsekretariat FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, verlangt werden.

führen. Gegenüber dealenden Süchtigen, die beim Handel, und Süchtigen, die bei der kriminellen Beschaffung erappt werden, sollen auch Zwangsentzugsmassnahmen verfügt werden können. Zu

Nach einem Augenschein einer FDP-Delegation in Warschau

Hilfe für Polen

Polen benötigt dringend einen Transfer von Know-how in den bei uns hochentwickelten Basisbereichen Banking, Informatik und Umweltschutz, der auch von schweizerischen Unternehmen geleistet werden kann. Zu dieser Erkenntnis gelangte eine kleine Delegation der FDP unter Leitung von FDP-Nationalrat Urs Scheidegger (SO) bei Kontakten mit Polens Demokratischer Partei. Diese Partei hatte sich schon unter der alten Regierung für eine freie Wirtschaft eingesetzt. Wenn das Land heute über bescheidene Ansätze von Privatwirtschaft verfügt, so ist das ihr zu verdanken. FDP-Generalsekretär Christian Kauter berichtet:

Heute verfügt Polen als erster osteuropäischer Staat über ein demokratisch gewähltes Parlament. Unsere Gesprächspartner bezeichneten die Demokratie als irreversibel, auch wenn die Entwicklung in der Sowjetunion skeptisch verfolgt wird. Dies nicht wegen der von Gorbatschew befolgten Perestroika, sondern wegen der Ungewissheit über die Unterstützung dieses politischen Kurses in Kreisen der sowjetischen Kommunistischen Partei. Im Gegensatz zur UdSSR ist die Demokratisierung in Polen das Resultat einer Evolution; in Russland ist sie aus dem Nichts von «oben» verordnet worden.

Langfristiges Programm

Die Zuversicht der neuen Regierung in Polen beruht auf ihrer breiten Abstützung im Volk. Der der «Solidarität» angehörende polnische Parlamentsvorsitzende Geremek liess in seinen Äusserungen gegenüber der FDP-Delegation durchblicken, dass die Bevölkerung von den Reformen nicht nur demokratische Rechte erwartet, sondern nach jahrelangen Entbehrungen auch eine wirtschaftliche Besserstellung.

Bis heute sind aber in dieser Beziehung keinerlei Verbesserungen feststellbar. Der Bevölkerung wird eine harte Geduldsprobe auferlegt: Die Nahrungsmittel sind noch knapper geworden, vier Millionen Polen leben in Armut. Nur wenn es der Regierung gelingt, Soforthilfe zu bieten, sind die langfristigen Programme zur Neugestaltung der Wirtschaft realisierbar. Diese sozialen Lasten kann Polen nicht allein tragen.

Die von verschiedenen westlichen Staaten, so auch der



Schweiz, eingeleiteten Sofortmassnahmen im Bereich Nahrungsmittel und Gesundheitswesen setzen darum hier an. Die Situation der wirtschaftlich schwächeren Schichten muss entschärft werden. Langfristig entscheidend sind indessen die Unterstützungsprogramme, die den wirtschaftlichen Strukturwandel fördern. Polen muss wirtschaftlich auf eigenen Füßen gehen lernen.

Voraussetzung

45 Jahre Planwirtschaft mit einer monopolistisch geprägten Struktur haben Spuren hinterlassen, die selbst bei radikalen Veränderungen nicht von heute auf morgen getilgt werden können. Auf Arbeitsplatz- und Lohngarantie zu verzichten und der eigenen Leistungsstärke zu vertrauen erfordert ein Umdenken.

Ob die Gesprächspartner der FDP-Delegation nun der Solidarnosc oder der Demokratischen Partei angehörten, alle erachteten

FDP-Ideen

darum den Wandel der Einstellung der polnischen Bevölkerung zur Arbeit als entscheidende Voraussetzung zur Einführung der Marktmechanismen in der Wirtschaft. Dass dabei Polens Gesellschaftsstrukturen verändert werden, ist ein Aspekt, den es bei den Hilfeleistungen für Polen zu berücksichtigen gilt.

Die Unterstützung für Polen kann nicht nur in kurzfristiger humanitärer bzw. sozialer Hilfe bestehen. Der Durchbruch gelingt nur, wenn ein auf längere Frist angelegtes Programm den Systemwechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft realisiert. Der von der Schweiz in Aussicht gestellte Rahmenkredit in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken muss nach Ansicht der Demokratischen Partei Polens gezielt für den Aufbau der Privatwirtschaft verwendet werden und darf nicht einfach in das Regierungsbudget fliessen. Man beklagt in der Planwirtschaft fehlendes Know-how in den Basisbereichen Spitzentechnologie, Bankenwesen und Umweltschutz.

Beitrag der FDP

Was kann die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz dazu beitragen? Die Delegation beantwortet diese Frage so: Wir können anregen, dass schweizerische Unternehmen Ausbildungspro-

Reise nach Polen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) plant im Frühjahr 1990 eine Mitgliederreise nach Polen. Sie soll etwa fünf Tage dauern. Die genauen Daten erscheinen in der Dezemberausgabe des «Freisinn».

gramme für private polnische Unternehmen anbieten. Dadurch kann neben der Hilfe zur Selbsthilfe auch der für das Vertrauen in den Strukturwandel wichtige Beweis angetreten werden, dass nicht allein der Staat, sondern auch das freie Unternehmertum eines freien Landes in der Lage ist, die Neugestaltung des Wirtschaftslebens und den Reformprozess in Osteuropa zu unterstützen.

Die FDP bietet Lösungen in der Bodenpolitik

Knapp zwei Monate nach der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 16. September 1989 stellt die Arbeitsgruppe «Bodenpolitik» eine «Checklist» mit Postulaten im Bereich Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung zur Verwirklichung auf kantonaler und kommunaler Ebene vor. In diesem Papier sind auf zwölf Seiten konkrete Massnahmen aufgelistet, welche die an der Delegiertenversammlung verabschiedeten Thesen zur Bodenpolitik in konkrete Postulate umsetzen. Anfang Dezember 1989 erscheint zudem eine «Politische Rundschau» zum Thema Boden.

Sie können diese Unterlagen schon jetzt bestellen!

Bitte senden Sie mir:

- Ex. «Checklist»: Postulate im Bereich Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung zur Verwirklichung auf kantonaler und kommunaler Ebene (gratis)
- Ex. «Lebensgrundlage Boden»: Analyse, Thesen und Massnahmen aus der Sicht der FDP der Schweiz (gratis)
- Ex. Politische Rundschau zur Bodenpolitik (erscheint Anfang Dezember 1989, Fr. 5.- pro Ex.)

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Spaltenstein

IMMOBILIEN AG

Unsere Dienstleistungen:

- Liegenschaften-Verwaltung und Bewirtschaftung
- Vermietung und Verkauf von Liegenschaften
- casatip: Der Service für Liegenschaften-Käufer
- Bauherren-Treuhand, Projektentwicklung
- Marketing-Beratung

Immobilien-Projekte

- Nutzungskonzepte
- Städtebaulich integrierte Bauprojekte
- Reihenhäuser in Gruppen, Typ «Peikert Econom»
- Gesamtrenovierungen
- Stockwerkeigentum
- Vertragswesen

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG, Siewerdstr. 8, 8050 Zürich, Tel. 01/316 13 00



Verbesserung der Luftqualität

Der Wille ist da, generell an den Zielsetzungen des Luftreinhaltekonzeptes festzuhalten und die Luftreinhalteverordnung im Rahmen des technisch Machbaren und politisch Durchsetzbaren zu vollziehen: Das ist das Fazit einer Aussprache über

Vollzugsprobleme der Luftreinhalteverordnung in den Kantonen anlässlich der jährlich stattfindenden Zusammenkunft der freisinnigen Regierungsräte mit der Geschäftsleitung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). Für die FDP muss eine problemorientierte und konstante Luftreinhaltepolitik bezüglich der Fristen für die Erreichung der Ziele zwangsläufig flexibel sein. Wichtig ist nach Ansicht der Partei vor allem die kontinuierliche Abnahme der Schadstoffe und die damit verbundene Verbesserung der Luftqualität.

Sicherheitsbegriff soll überprüft werden

FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss (BS) verlangt in einer Interpellation vom Bundesrat, dass er den Begriff Sicherheitspolitik

überprüfe. 113 bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterstützen diesen persönlichen Vorstoss. FDP-Nationalrat Wyss und die Mitunterzeichner der Interpellation sind der Ansicht, dass angesichts des breiteren Bedrohungsspektrums der heutige Begriff Sicherheitspolitik im eingeschränkten Sinn der militärischen Bedrohung zu erweitern oder zu ersetzen ist. Kriminell oder politisch motivierter Terrorismus, Geiseldramen und Entführungen grösseren Stils sind möglicherweise neu in den Begriff Sicherheitspolitik mit einzubeziehen, um damit auch den sich wandelnden Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Koppelung der Volksabstimmung über den Energieartikel und die Anti-Kernenergie-Initiative

Der Ausschuss für Energiepolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) vertritt entschieden die Meinung, der Energieartikel sei gleichzeitig mit den beiden Volksinitiativen «Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)» und «für den Ausstieg aus der Atomenergie» Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten. Mit der Ablehnung dieser Initiative und der Annahme des Energieartikels würden die Weichen gestellt für eine kohärente schweizerische Energiepolitik und dem Bund die nötigen Kompetenzen erteilt im Bereiche des Energiesparens sowie der Forschung und Entwicklung.

Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Bodensted

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit fast 300 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

Rufen Sie uns an, Telefon (043) 24 33 33, oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wuibüechli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St. Jakobskellerei
Schuler & Cie. AG
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen (Schwyz)



SCHULER-WEINE
St. JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Grundsätze einer freisinnigen Gesundheitspolitik

Ich bestelle ____ Ex. der neuen «Politischen Rundschau» zum Preis von je Fr. 5.-.

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte senden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern

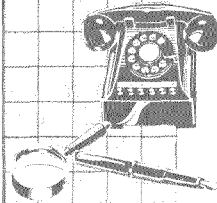


A propos Liegenschaftsverkauf:

Ihr Vorteil ist unsere Referenz

Privatdetektei W & K

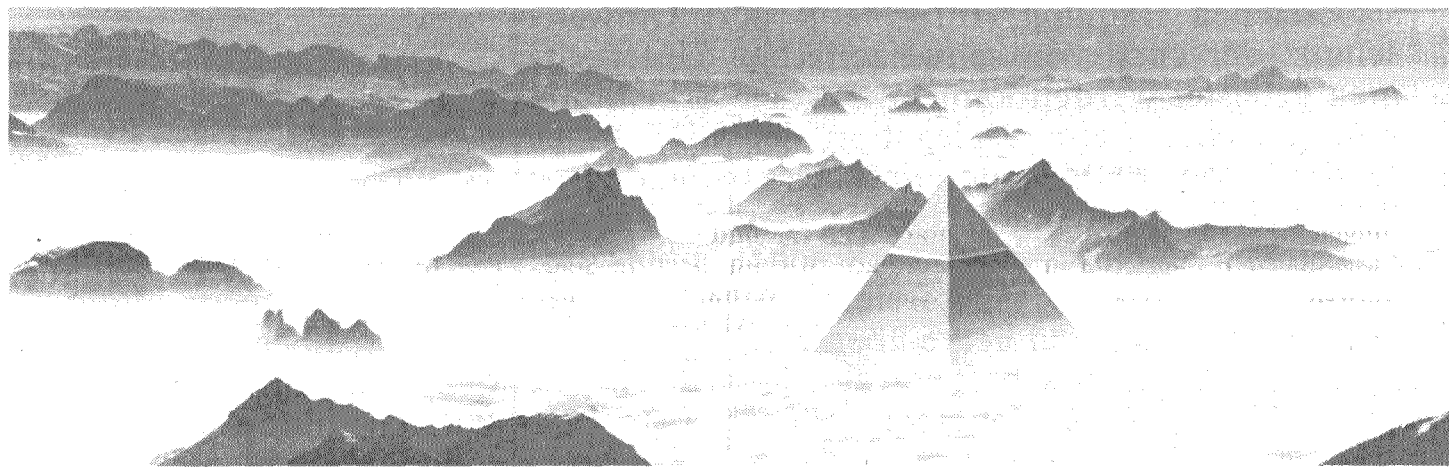
seit 1968



Scheidungen
Bew. Objekt- und
Begleitschutz
Auskunfte
Wirtschaftsdelikte

Zürich Natel
461 12 71 077/61 37 06

SKA-Anlage-Service plus



Überblick. Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weitweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

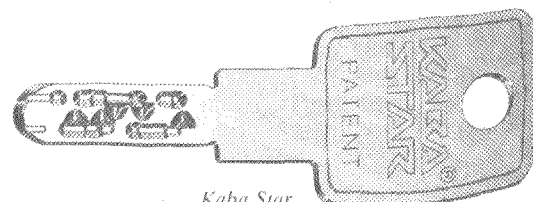
Mehr Überblick schafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheidung auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.
Das universelle Schliesssystem.
Von Bauer Kaba.

Für ein Ende der Sündenbock-Zuweisung in den eigenen Reihen

Zürcher Freisinn im Schweizer Freisinn

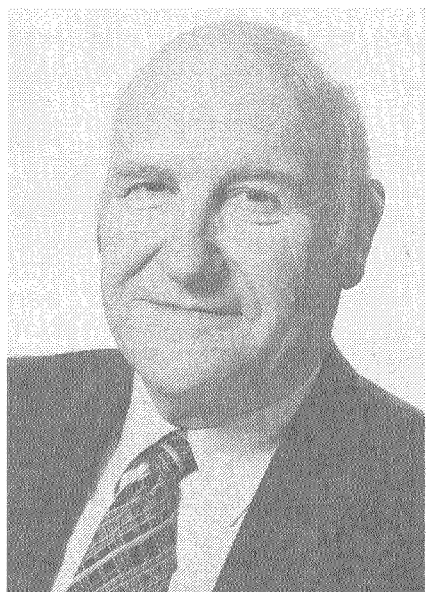
Eine Schwächung des Zürcher Freisinns hätte auch eine Schwächung des Schweizer Freisinns zur Folge. Nach der selbstkritischen Phase, die die kantonale und die nationale Partei in der ersten Hälfte dieses Jahres durchgemacht haben, plädiert FDP-Nationalrat Dr. Kurt Müller, Meilen ZH, nun aber für ein Ende der Sündenbock-Zuweisungen in den eigenen Reihen.

Seit längerer Zeit, in verstärktem Masse aber seit der «Affäre Kopp» ist es in einigen Kreisen ausserhalb, aber auch innerhalb der FDP Schweiz üblich geworden, den Zürcher Freisinn für kleinere und grössere Übelstände zum Sündenbock zu machen. Es gibt sogar Leute, die sich mit einem kleinen Eselstritt an die Adresse des «Zürcher Wirtschaftsfreisinns» – selbst an schweizerischen Delegiertenversammlungen – zu einer billigen Selbstprofilierung zu verhelfen versuchen.

Volkspartei

Als «typischem Zürcher» – mein Vater wuchs in einem Bauernhaus in Löhningen SH, meine Mutter im aargauischen Städtchen Zofingen auf – sei mir gestattet, dazu ein Wort zu sagen. Es ist eine urhelvetische Tendenz, wider den Stachel der Mächtigen zu löcken und die Grossen nicht allzu gross werden zu lassen. Übertriebene Empfindlichkeit wäre deshalb sicher fehl am Platze. Aber im Interesse der Gesamtpartei – und der Gerechtigkeit – sollte vielleicht doch auch Folgendes beachtet werden.

Die Zürcher FDP ist längst keine Partei der «Direktoren» und des «Kapitals» mehr. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre wurde sie in harter politischer Arbeit zur stärksten Partei im volkreichsten Kanton. Bei den letzten Nationalratswahlen 1987 erreichte sie einen Wähleranteil



von 20,0 Prozent. Sie liess die beiden stärksten Parteien früherer Jahrzehnte, die Sozialdemokraten und die SVP, mit 17,4 bzw. 15,1 Prozent hinter sich. Sie ist eine «Volkspartei» geworden.

Breites Meinungsspektrum

Als stärkste bürgerliche Partei repräsentiert sie auch das breite Spektrum von politischen Meinungen, auf das sich heute die bürgerlichen Wähler etwa in den Umwelt-, in den Verkehrs- und Energiefragen verteilen.

Dass in ihren Parlamentsfraktionen immer noch aktive Unternehmer ihre politische Verantwortung wahrnehmen, darf als Positivum vermerkt werden. Als Vertreterin des zürcherischen Bürgertums würde sie ihrer Auf-

gabe nicht gerecht, wenn sie nicht auch die Gesichtspunkte der Wirtschaft in die Diskussion einbringen würde – im Interesse der Erhaltung des Wohlstands des ganzen Landes.

Aber es ist keineswegs so, dass in der Zürcher FDP-Deputation in Bern nur wirtschaftliche Bereiche abgedeckt würden. Sie kümmert sich ebenso sehr auch um Umwelthanliegen, um kulturelle, aussenpolitische, Medien- und Kulturfragen zum Beispiel. Nur nebenbei sei bemerkt, dass die Zürcher FDP auch zwei der fünf freisinnigen Frauen in Bern stellt.

Geistiger Beitrag

Auch der geistige Beitrag, der in den Fachausschüssen der Partei geleistet wird, sollte nicht unterschätzt werden. Diese oft hinter den Kulissen geleistete Arbeit wird zu einem ansehnlichen Teil von Zürcher Spezialisten geleistet. Nachdem die Konkurrenz unter den bürgerlichen Parteien über die Besetzung von Spitzenpositionen in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen zunimmt, kommt dieser Arbeit steigende Bedeutung zu.

Das Anwachsen der FDP im Kanton Zürich hat auch die schweizerische FDP gestärkt. Sie stellt heute mit acht Nationalräten und einem Ständerat neun der 65 Köpfe der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, also einen Siebentel. Eine Schwächung des Zürcher Freisinns hätte also auch eine Schwächung des Schweizer Freisinns zur Folge.

Neues Selbstvertrauen

Nach der selbstkritischen Phase, die die kantonale und die nationale Partei in der ersten Hälfte dieses Jahres durchgemacht haben, gilt es, sich auch wieder an die zahlreichen Leistungen zu erinnern, die auf allen Ebenen erbracht wurden und die weiter zu erbringen wir im Begriffe sind. Neues Selbstvertrauen verlangt nicht zuletzt Geschlossenheit und schliesst ein, dass die Sündenbock-Zuweisung in den eigenen Reihen nun aufhören sollte. An Profilierungsmöglichkeiten fehlt es in der heutigen parteipolitischen Situation dennoch wahrlich nicht.

beobachtetes Phänomen sind. Dieses lässt sich in vielen Fällen ohne Beteiligung der Luftverschmutzung nicht erklären. Massnahmen zur Verringerung der Luftverschmutzung bleiben deshalb auch aus forstwissenschaftlicher Sicht weiterhin ein dringendes Postulat, vor allem für die Sicherheit in den Alpentälern.

Das Luftreinhaltekonzept enthält die vorsorglichen Massnahmen, die der Bund getroffen hat oder treffen wird, um die Emissionen der drei wichtigsten Schadstoffe auf ein akzeptables Mass zu senken. Ein Abrücken von den Zielen des LRK hätte zur Folge, dass die von den Kantonen im Blick auf die Immissionsgrenzwerte der LRV zu füllenden Lücken noch grösser würden. LRK und LRV stehen zueinander in enger Wechselwirkung. Deshalb müssen ihre Ziele gleichzeitig und gleich energisch verfolgt werden.

Das LRK ist unter dem nachhaltigen Druck des Parlamentes zustande gekommen. Dieses liefe Gefahr, ungläubig zu werden, wenn nun der Eindruck aufkäme, man wolle aus momentanen politischen Opportunitätsüberlegungen zurückstecken.

Die Kontroverse zwischen Buwal und TCS hat in Erinnerung gerufen, dass es sich bei Modellrechnungen stets um Hilfskonstruktionen handelt und nicht um Quellen unumstösslicher Wahrheiten. Das Hauptanliegen des TCS bestand im Nachweis, dass der private Autoverkehr die Ziele des LRK bis 1997, also nur mit geringfügiger Verspätung, errei-

Standpunkte

chen werde und sich somit weitere Massnahmen zulasten der Automobilisten nicht rechtfertigten. Diese sektorielle Betrachtungsweise vermag indessen nicht zu überzeugen. Massnahmen sind aus einer Gesamtsicht dort zu treffen, wo sie mit möglichst geringem Aufwand möglichst rasch möglichst viel bringen.

An den Fristen ist festzuhalten, auch wenn abzusehen ist, dass sie sich nicht in jedem Fall einhalten lassen.

Die Arbeitsgruppe Umweltschutz ist einhellig der Meinung, dass die Initiative für Tempo 100/130 abzulehnen ist. Ein Ja brächte mehr Unfälle und mehr Luftverschmutzung und wäre ein verfassungsrechtliches Ärgernis. Zustimmung zu diesem Volksbegehren würde – und das wiegt besonders schwer – als Signal zur

Demontage unserer Luftreinhaltepolitik verstanden.

Ein Verzicht auf eine konsequente Luftreinhaltepolitik würde die vielen freisinnigen Wähler, die wegen der Umwelt in echter Sorge sind, enttäuschen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass laut einer dieser Tage veröffentlichten Repräsentativumfrage der SKA die Zahl der Schweizer, die sich wegen der Umwelt Sorgen machen, gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht von 68 auf 71 Prozent gestiegen ist.

Es sprechen also neben gewichtigen Argumenten des Umwelt- und Gesundheitsschutzes auch parteipolitische Überlegungen dafür, dass wir künftig eine bezüglich der Fristen zwangsläufig flexible, im Kern aber strikt problemorientierte und konstante Luftreinhaltepolitik betreiben.

Herausgeforderte Volksparteien

Verteidigung der politischen Mitte

Verluste an Wähleranteilen, wachsende Stimmabstimmung und zunehmende Anziehungskraft von aktionsorientierten Einthemengruppierungen sind die bekannten Symptome einer schleichenden Krankheit, die die traditionellen Volksparteien heute gleichermassen beschäftigen und herausfordern. FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (ZH) analysiert.

Der kumulierte Wähleranteil der in die Regierungsverantwortung eingebundenen Parteien der politischen Mitte nimmt seit den siebziger Jahren kontinuierlich ab und hat in den letzten Nationalratswahlen vom Oktober 1987 mit 72,2 Prozent (absolut: 33,6 Prozent) einen neuen Tiefststand erreicht, ebenso die Wahlbeteiligung, die noch nie so niedrig war wie seit 1919. Zu registrieren waren aber gleichzeitig neue Rekordwerte in bezug auf die Kandidatenauswahl, die Listenvielfalt und die Panaschierstimmen.

Zersplitterungstendenzen

Diese Abbröckelungs- und Zersplitterungstendenzen haben sich seither ohne Unterbruch und in der Wirkung noch verstärkt zum Ausdruck gebracht. Die Verlierer der insgesamt elf kantonalen Parlamentswahlen seit 1988 sind eindeutig die historisch etablierten Volks- und Regierungsparteien, allen voran die FDP und die CVP, während sich die Verluste bei der SVP und bei der in den vorangegangenen Jahren dafür um so stärker gebeutelten SPS in engeren Grenzen hielten.

Zu den ebenso eindeutigen Gewinnern der kantonalen Ausmachungen gehören ökologische Gruppierungen aller Art (schon seit 1984 und vorab auf Kosten der SPS), vor allem aber die Autopartei als der grüne Gegenpol, als diffuse Protestbewegung gegen die «Umwelthysterie», die ihre Ernte vorab auf Kosten der bürgerlichen Parteien eingefahren hat.

Veränderungen

Die traditionellen Volksparteien sind in Schwierigkeiten. Sie werden konfrontiert mit gesellschaftlichen Veränderungen und mit politischen Unwägbarkeiten, die schon länger wirksam sind und keineswegs von nur vorübergehender Natur sein dürften. Hier-



zu zählen wir die Indifferenz weiterer Bevölkerungsteile gegenüber dem öffentlichen Leben schlechthin, seine schleichende «Privatisierung», die Ausbreitung eines innerlich distanzierter und unterkühlten Verhältnisses zur Welt des Politischen überhaupt, vor allem bei den jüngeren Generationen.

Individualisierung

Herausgefordert werden die Parteien ferner durch eine fortschreitende Individualisierung des Wähler- und Abstimmungsverhaltens nach Massgabe der jeweils gerade aktuellen Stimmungslagen und Streitfragen, des je vorherrschenden Partei-Images, der persönlichen Kenntnis und Glaubwürdigkeit der nominierten Kandidaten. Damit einher geht eine ständig abnehmende Parteidisziplin, die schleichende Auflösung traditioneller Loyalitäten und Sozialmilieus in unserer mobilen Gesellschaft mit einer zunehmenden Vielfalt an unterschiedlichen Lebensstilen und Werthaltungen.

Als Folge davon wird der «Wählermarkt» zunehmend offener, nimmt das Segment der

Votum an der Zusammenkunft der freisinnigen Regierungsräte mit der FDP-Geschäftsleitung in Bern am 20. 10. 1989

Überlegungen zur Luftreinhaltepolitik

Die bisherige Luftreinhaltepolitik, abgestützt auf den beiden Hauptpfeilern der Luftreinhalteverordnung (LRV) und des Luftreinhaltekonzeptes (LRK), ist von Partei und Fraktion der FDP aktiv mitgetragen worden. Heute nun erscheint nach Ansicht von Walter Schiesser, Präsident der FDP-Arbeitsgruppe Umweltschutz, eine Überprüfung angezeigt.

Auf Wunsch des Präsidenten unserer Partei hat sich die Arbeitsgruppe Umweltschutz mit dem gegenwärtigen Stand der Luftreinhaltepolitik befasst. Sie hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob unter den erwähnten Umständen allenfalls die Ziele modifiziert oder die Fristen erstreckt werden müssten.

Nach eingehender Diskussion ist die Arbeitsgruppe einhellig zum Schluss gekommen, dass dazu keine Veranlassung besteht. Dabei standen folgende Überlegungen im Vordergrund:

Die zugegebenermassen tiefen Immissionsgrenzwerte der LRV entsprechen dem im Umweltschutzgesetz eindeutig bekundeten Willen, beim Festsetzen der Normen auch die Wirkungen auf Personengruppen mit erhöhter Empfindlichkeit wie Kinder, Kranke, Betagte und Schwangere

zu berücksichtigen. Die im Blick auf dieses Ziel gewählten Werte entsprechen den Empfehlungen der WHO.

Mit dem LRK will man die Emissionen der drei wichtigsten Luftschadstoffe SO₂, HC und NO_x auf den errechneten, als unbedenklich eingestuften Stand von 1950/60 senken. Der Bezug zu den Waldschäden hat insofern an Bedeutung verloren, als man nach neuen forstwissenschaftlichen Erkenntnissen mit der Jahringhypothese den Zusammenhang zwischen den Waldschäden und der Luftverschmutzung nicht mehr belegen, allerdings auch nicht ablehnen kann und sich der Zustand des Waldes vorläufig nicht weiter verschlechtert hat.

Das ändert indessen nichts an der Tatsache, dass die Waldschäden ein beunruhigendes, auf der ganzen nördlichen Hemisphäre



Eine offensichtlich fröhliche Geschäftsleitung.

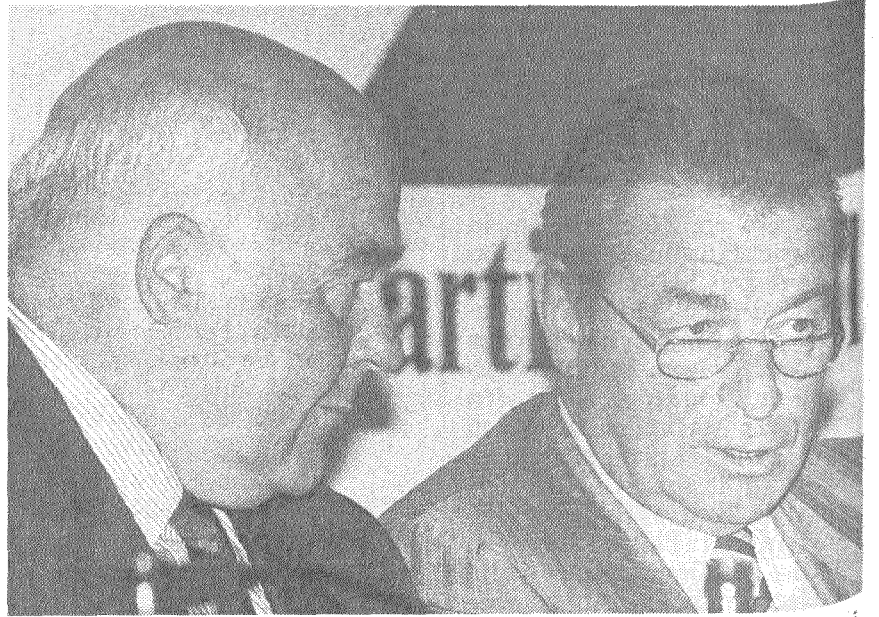


Parteipräsident Franz Steinegger: «Solange im Verhältnis zwischen Menschen und Staaten die gefährliche Möglichkeit besteht, dass Gewalt zur letzten Berufungsinstanz gemacht wird, braucht es wohl eine Armee, um Freiheit zu erhalten.»

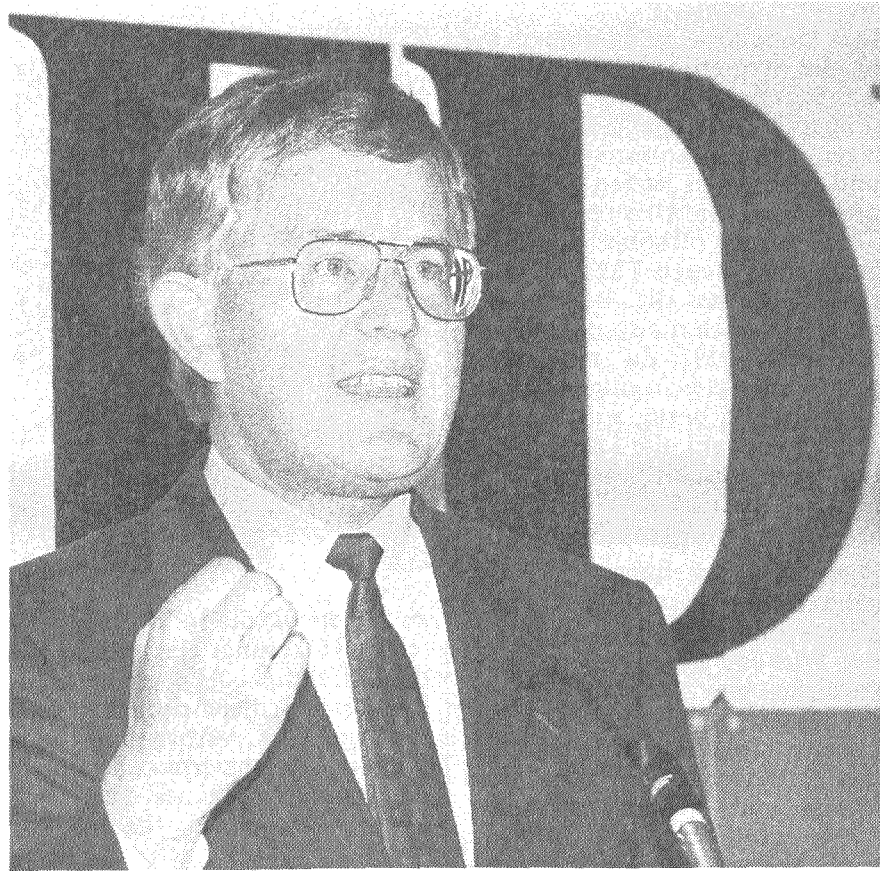
Ausserordentliche Delegiertenversammlung am 21. Oktober 1989 in Bern

Parolenfassung

An ihrer Versammlung in Bern beschlossen die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) zweimal ein Nein: Nein zur Armeeabschaffungsinitiative und Nein zur Initiative «pro Tempo 130/100». In der Tempofrage will die FDP aber bei einer grossen Ablehnung der Initiative auf dem Gesetzesweg Tempo 80/100 weiterverfolgen. Das Nein zur Armeeabschaffungsinitiative erfolgte einstimmig, nachdem das Thema zuvor intensiv und kontrovers behandelt worden war.



Präsidenten unter sich: Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz und Fraktionspräsident Ulrich Bremi als aufmerksame Zuhörer und wohl auch kritische Kommentatoren.



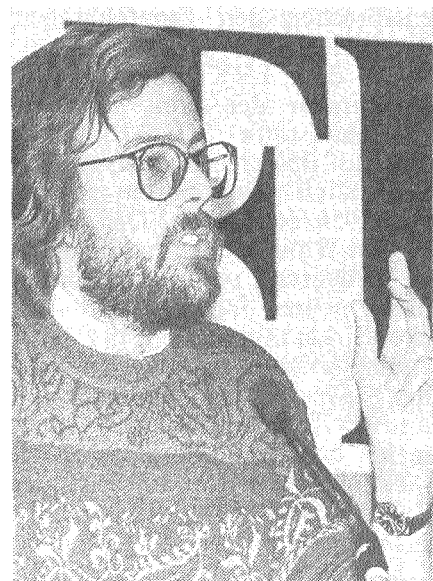
Bundesrat Kaspar Villiger: «Das Volk müsste zu einer Institution stehen, die ein unabdingbares Element der nationalen Identität ist, nämlich zur Armee!»



170 Delegierte aus der ganzen Schweiz waren nach Bern gekommen, um die Abstimmungsempfehlung für den 26. November 1989 zu beschliessen.



Blick auf den Prettisch, im Hintergrund die Fernseh- und eine Filmquipe.



SP-Gemeinderat Andreas Gross, Zürich, verteidigt die Armeeabschaffungsinitiative...



...während Kontrareferentin Claudia Bertelto, Vorstandsmitglied der schweizerischen Jungfreisinnigen, Sitten, noch aufmerksam zuhört.

Fortsetzung von Seite 5

Stammwähler – das «Standbein» der Regierungsparteien – allmählich ab, während die themen- und stimmungorientierten Wechsel- und Betroffenheitswähler an Bedeutung und Gewicht laufend gewinnen.

Neue Themen

Und weil schliesslich Wohlstand und soziale Sicherheit für viele Bürger hierzulande keine knappen Güter mehr darstellen, materielle Werte generell an subjektiver Politikrelevanz eingebüsst haben, schieben sich gegenläufig dazu Fragen und Probleme der Lebenswelt, postmaterielle Aspekte des «Seins» immer mehr in den Vordergrund. Die klassischen Politikfelder werden ergänzt und überlagert durch neue Felder der Auseinandersetzung: Mann und Frau, Ökologie und Ökonomie, Mensch und Technik, Politik und Moral, Ethik und Wirtschaft.

Diese neuen Themen und Konflikte führen häufig zu Fronten quer durch die bestehenden Parteien hindurch. Sie bilden darüber hinaus ein ideales Aktionsfeld für Glaubenskämpfer, Schlagzeilenpolitiker und Bürgerinitiativen für Interessengruppen und Einthemenbewegungen aller Art, die vielfach ausserhalb des traditionellen Parteiengefüges operieren – und ihre politische Unschuld mediengerecht gegen die historischen und «verfilzten» Regierungsparteien ausspielen.

Besitzstandswahrung als Ziel genügt nicht

In ihrem eigenen, aber auch im übergeordneten Interesse kommen die traditionellen, historisch in die Regierungsverantwortung eingebundenen Parteien der politischen Mitte um Antworten auf Veränderungen und Herausforderungen der skizzierten Art nicht herum. Mit blossen Vertrauen in die bisherige Resistenz und Integrationskraft wären gerade die grossen, weltanschaulich fundierten und vom Anspruch her ganzheitlich ausgerichteten Regierungsparteien jedenfalls schlecht beraten.

Es geht um mehr als um blosses Besitzstandswahrung in eigener Sache. Es geht mehr noch darum, einen verantwortungsethisch fundierten Politikstil zu verteidigen, der nicht nur persönliche Bekanntheit zelebriert, sondern sich um die vernetzende Synthese widerstreitender Interessen und Problemfelder bemüht, nach den Folgen eines bloss sektoriellen Handelns auf weitere Politikbereiche und für das Gemeinwohl fragt und hierbei nach realisierbaren, also kompromissfähigen Lösungen sucht. Denn nur starke,

gesellschaftlich gut verankerte und gesamtheitlich operierende Parteien sind in der Lage, den für die schweizerische Willensnation unabdingbaren Zusammenhalt und die Regierbarkeit unseres Gemeinwesens auf allen Stufen zu gewährleisten.

Neue Herausforderungen

Die Traditionsparteien sind herausgefordert, die Wandlungen in ihrem gesellschaftlichen und politischen Umfeld sorgfältig zu analysieren, eigene Schwachstellen zu beheben, verkrustete Strukturen anzupassen. Personalpolitik und Kandidatenauslese müssen mit Blick auf die abnehmenden Parteibindungen mit grösster Sorgfalt betrieben werden, die Basis- und Kleinarbeit gerade auch im unmittelbaren Nahbereich des Bürgers verstärkt werden.

Generell muss in Zukunft die Parteiarbeit von unten nach oben, muss der Weg von der Parteispitze zurück zur Basis wieder intensiver gepflegt werden. «Politik von unten» muss als Aufgabe auch der Regierungsparteien stark gewertet werden, ist Sache der Orts- und Quartiersektionen, denen es obliegt, persönliche Kontakte zu pflegen, die Qualitäten der Mitglieder in die Parteiarbeit einzubeziehen, Nachwuchsförderung zu betreiben, kommunikations- und konfliktfähige Kaderleute heranzubilden.

Chance zur Erneuerung

Ohne falsche Konzessionen an eine Politik der blossen Schlagzeilen gilt es auch der Einsicht verstärkt nachzuleben, dass auf jeweils aktuelle Streitfragen und Themen unserer «Stimmungsdemokratie» knappe, klare und profilierte Antworten erteilt werden müssen – orientiert an übergreifenden, programmatisch fundierten Grundsätzen und Leitvorstellungen, die auch über den Tag hinaus zu tragen vermögen.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessenverbindungen sind von den Parteipolitikern ohne falsche Scham transparent zu machen, weil Milizpolitik schliesslich nicht im luftleeren Raum betrieben wird, sondern von engagierten Menschen aus Gesellschaft und Wirtschaft – dazu bereit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen nicht nur privat, sondern auch öffentlich zu nutzen, ihre Interessen zu formulieren und im Ausgleich mit anderen Interessen den notwendigen Kompromiss zu suchen.

Neue Herausforderungen sind immer auch Chancen zur Erneuerung. Die traditionellen Parteien sind aufgerufen, ihre historisch mehrfach ausgewiesene Lern- und Erneuerungsfähigkeit einmal mehr zu beweisen.



Für und gegen Tempo 100/130

Umringt von Befürwortern und Gegnern der Tempoinitiative, erläutert Bundesrat Cotti an einer Veranstaltung des Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes in Bern die Haltung des Bundesrates in dieser Frage. Aufmerksam und wohl auch skeptisch hören die Befürworter, TCS-Präsident Franco Felder und der liberale Nationalrat Jacques-Simon Egly aus Genf (von rechts), seinen Ausführungen zu. Ganz links sind FDP-Nationalrat Christian Wanner SO und der Arzt Dr. med. Max Giger, Winterthur, beide Gegner der Initiative, zu erkennen. Das Gespräch wurde von Dr. Rudolf Gerber, Chefredaktor des «Landboten», Winterthur, geleitet.



Europapolitisches Signal

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst die Beschlüsse des Bundesrates zu Angebotsverbesserungen im Hucklepackverkehr. Sie wertet die sofortige Inangriffnahme der Bauarbeiten am Gotthard als europapolitisches Signal, das die Bereitschaft der Schweiz zeigt, ihre Rolle als Transitland wahrzunehmen. Dieses europapolitische Signal ist auch in der vorübergehenden Befriedigung der Bedürfnisse der rollenden Landstrasse bis 4 m Eckhöhe auf der Lötschberg-Simplon-Achse zu erkennen. Dass der Bundesrat eine weitere Anpassung der Lötschberg-Simplon-Achse an erfolgreiche EG-Verhandlungen binden will, entspricht einer Forderung der FDP.

Gegen eine Revision des Preisüberwachungsgesetzes

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) lehnt den indirekten Gegenvorschlag zur zweiten Preisüberwachungsinitiative vollumfänglich ab. Sie beantragt in ihrer Vernehmlassung, die Initiative dem Volk ohne Gegenvorschlag mit Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung zu bringen.

Die FDP hat schwerwiegende ordnungspolitische, konjunktur- und geldpolitische sowie wettbewerbspolitische Bedenken gegen die vom Bundesrat unterbreitete Vorlage. Sie bemängelt zudem, dass die Vernehmlassungsgrundlagen keine eingehenden Darlegungen zu Fragen der EG- und Europaverträglichkeit der vorgesehenen Unterstellung des Kredit-

sektors unter die Preisüberwachung enthalten. Diesem Bereich kommt aber besonderes Gewicht zu. Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Zinsüberwachung stünde die Schweiz weltweit und in der EG allein da und müsste auch die wirtschaftlichen Nachteile im Kampf um ihre Wettbewerbsfähigkeit allein tragen.

Die Befürworter einer Unterstellung der Zinsen unter die Preisüberwachung erwarten, dass der Preisüberwacher bei einer Hypothekarzinsenerhöhung sofort einschreiten müsste. Dies steht nach Meinung der Partei im Widerspruch zur Tatsache, dass eine Hypothekarzinsenerhöhung die Folge einer bestimmten, wohl begründeten Politik der Nationalbank sein kann. Ein Eingreifen des Preisüberwachers würde daher eine ordnungspolitisch unzulässige Einmischung in die Kompetenzen der Nationalbank darstellen. Die FDP hält zudem fest, dass zwischen Mietzins und Hypothekarzins meistens kein enger Zusammenhang besteht. Die Erwartung, dass die Mietpreise nicht mehr im gleichen Ausmass steigen, wenn die Hypothekarzinsenerhöhung unterstellt werden würden, werden sich daher nicht erfüllen.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistr. 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.

Eidg. Volksabstimmung vom 26. November

Nein

zur Armeeabschaffungs-Initiative, weil sie unsere Sicherheit und Freiheit preisgibt. Nur eine verteidigte Schweiz leistet einen Beitrag zum Frieden.

Nein

zur Tempo-Initiative, weil Tempolimiten nicht in die Bundesverfassung gehören. Tempo 100 ausserorts würde die Unfallbilanz erhöhen und sich negativ auf die Qualität der Luft auswirken.

FDPO

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

La Paz macht sie wild.



Unverfälscht wild. Aber doch aromatisch leicht. Das sind Wilde Cigarillos von La Paz. Die ein Büschel am Brandende freilassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Weil sie zeigen dürfen, dass sie aus einer Mischung dutzender, nur reinster Tabake gemacht sind. Und deshalb keine künstliche «Geschmacksaufbesserung» nötig haben.

Sorgsam mélangiert und liebevoll mit kostbaren Deckblättern umhüllt. Ehrlich eben.

Wilde Cigarillos von La Paz. Ehrlichkeitshalber.

Cigarros Autenticos.

Der Wirtschaft die besten Rahmenbedingungen bieten

Ist die FDP keine «Wirtschaftspartei» mehr?

Für eine unzulässige Verkürzung hält der Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Zürich, Oscar Fritschi, die Gleichung «FDP = Wirtschaftspartei». Hier seine Begründung.

Wenn ich in den Gazetten von der FDP als Wirtschaftspartei lese, ärgere ich mich. Denn ich halte die Gleichung «FDP = Wirtschaftspartei» für eine unzulässige Verkürzung, mit der uns unterstellt wird, wir würden unbesehen und im Sinne von Erfüllungsgehilfen die Interessen der Wirtschaft in der Politik vertreten.

Auch eine «Wirtschaftspartei»

Richtig ist indessen, dass unser liberales Credo zu einem politischen Kurs führt, welcher – generell gesehen – der Wirtschaft die besten Rahmenbedingungen bietet. So sind wir etwa der Auffassung, in unserem politisch-gesellschaftlichen System solle sich der Tüchtige möglichst ungehindert entfalten können, solle Initiative gefördert und Leistung (beispielsweise per Steuergesetz) nicht bestraft werden.

Insofern, als wir eine Partei sein wollen, welche mit ihrem Programm die Leistungswilligen anspricht, die nicht auf die Umverteilung durch Väterchen Staat

warten, sind wir nicht nur, aber auch eine «Wirtschaftspartei».

SVP nun Vertreterin der Wirtschaft?

Vor einigen Wochen mussten wir indessen von einem Vertreter der Wirtschaft hören, die SVP habe uns in dieser Beziehung den Rang abgelaufen. Auch wenn die Aussage offenbar explizit auf die Stadtzürcher FDP gemünzt war, sei sie hier verallgemeinert: Steht die SVP heute der Wirtschaft tatsächlich näher als unsere Partei?

Vorerst, und mit leicht ironischem Unterton, sei festgestellt: Schade, dass diese Sätze nicht bereits vor einem guten halben Jahr gesprochen wurden. Nach dem Rücktritt von Bundesrätin Kopp war ja ein eigentlicher Medienfeldzug im Gang, während dessen die Zürcher FDP mit Angriffen überschüttet wurde, sie sei ein völlig wirtschaftsverfälschtes Gebilde geworden und sei alles andere als eine Volkspartei. Damals hätte eine solche Aussage noch als «Entlastungsvorstoss» aufgefasst werden können...

Bauverhinderungspolitik

Einigermassen verwunderlich mutet sodann an, dass der ominöse Satz im Zusammenhang mit (sehr berechtigten) Äusserungen des Unmutes über die derzeitige Bauverhinderungspolitik in der Stadt Zürich fiel. Denn trägt nicht die SVP bzw. ihr Vertreter im Stadtrat eine gehörige Mitschuld an dieser Misere?

Als Frau Koch gewählt wurde, war nämlich sehr genau bekannt, welchen Kurs sie zu steuern beabsichtigte, wenn ihr das Hochbauamt anvertraut würde. Doch SVP-Stadtrat Egloff, der als einziger Bisheriger für einen Ressortwechsel in Frage kam, weigerte sich «standhaft», hinter dem warmen Ofer des Schulamtes hervorzukommen und ins politisch exponierte Bauamt zu wechseln.

Entscheidender Punkt

Diese Bemerkung leitet schliesslich zum entscheidenden Punkt über: Es gilt, zwischen der Politik der Worte und der Politik der Fakten zu unterscheiden. Das (durch verbale Stellungnahmen geprägte) Bild der SVP wird derzeit von wenigen Exponenten bestimmt, die unbestritten unternehmerisch-liberal denken. Das verhindert aber nicht, dass die grosse Mehrheit der SVP-Hinterbänker in den Parlamenten in wirtschaftlichen Fragen (Agrarsektor, Gewerbe usw.) recht protektionistischen Ansichten huldigt, wenn es um das Beschliessen von Fakten in der Politik geht.

Wir haben in bezug auf unsere Wirtschaftspolitik durchaus keinen Anlass, in Sack und Asche zu wandeln.

Aus den Kantonen

Die Armeeabschaffungsinitiative aus der Sicht eines Kantons

Schutz und Sicherheit

Am 26. November 1989 wird das Schweizervolk über die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» abzustimmen haben. Es gibt viele Gründe, die dafür sprechen, dass die Armee weiterhin ihre Aufgabe als existentielle Komponente unserer schweizerischen Sicherheitspolitik erfüllen kann. Der Ausschuss für Sicherheitspolitik der FDP des Kantons St. Gallen untersuchte die spezifisch sankt-gallischen.

Es könnte kaum einen besseren Beweis für die Überlegenheit und die Funktionstüchtigkeit unseres demokratischen Systems geben als die Tatsache, dass es überhaupt möglich ist, eine Initiative zur Abschaffung unserer Armee zu lancieren.

Wir Schweizer sind durchaus in der Lage, unsere eigenen Institutionen immer wieder kritisch zu hinterfragen und zu verbessern. Die Initianten versuchen zwar – wohl weil sie selbst nicht an den Erfolg der Initiative glauben – zu suggerieren, es gehe nicht um die Frage «Wollt Ihr eine Armee?», sondern vielmehr «Welche Armee wollt Ihr?». Man kann deshalb nicht genug auf den Text der Initiative hinweisen. Sie verlangt einen Text in der Bundesverfassung, der lautet: «Die Schweiz hat keine Armee.»

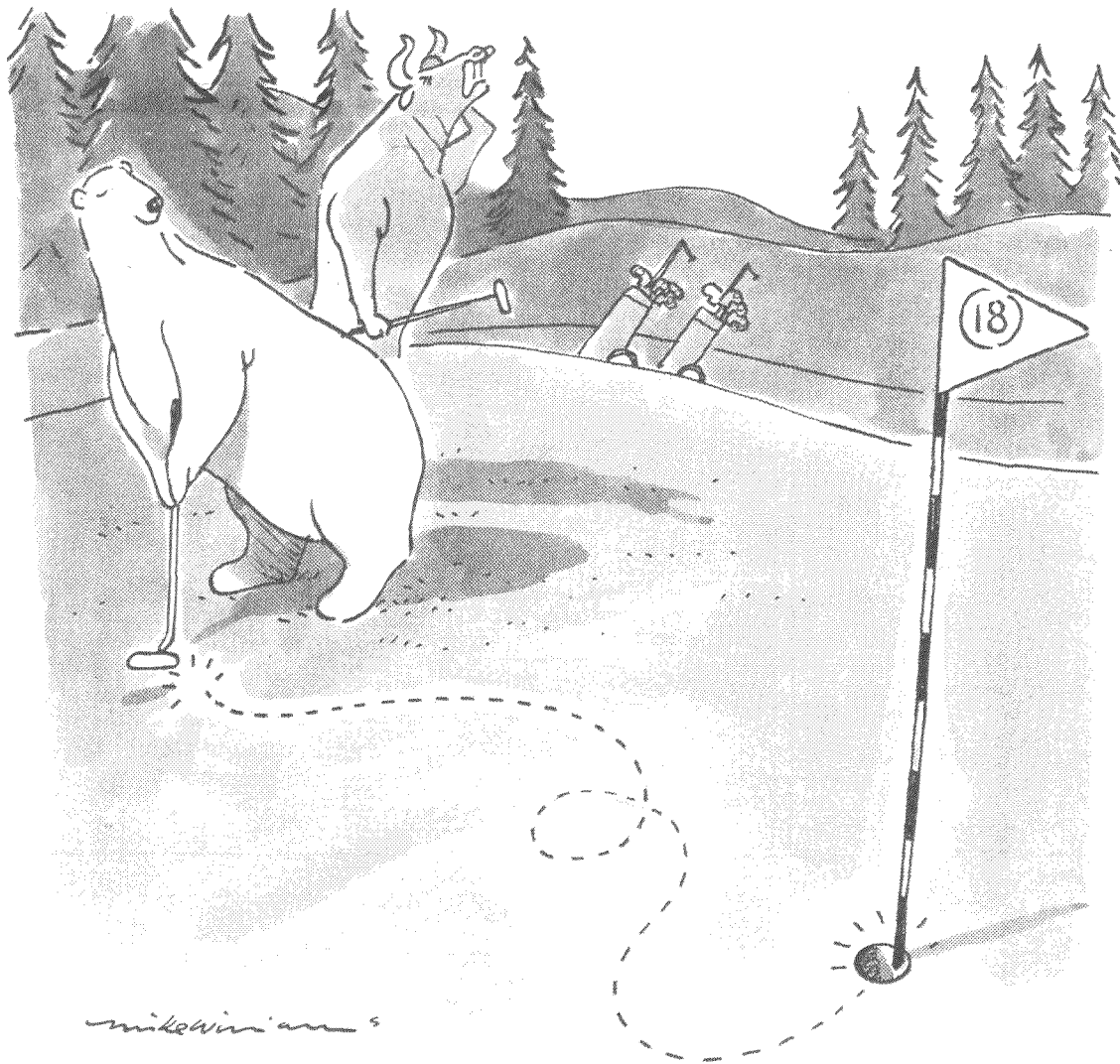
An dieser Fragestellung wird die Initiative zu messen sein. Es kann deshalb nicht darum gehen, eine qualitative Diskussion zur Armee zu führen. Vielmehr müssen wir die Unerlässlichkeit der

Rolle der Armee als Mittel unserer Sicherheitspolitik unterstreichen. Aussenpolitik, Aussenhandelspolitik, humanitäre Hilfe, Konflikt- und Friedensforschung, zivile Führungsorganisationen, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, koordinierte Dienste und Staatsschutz bilden zusammen mit der Armee unser sicherheitspolitisches Instrumentarium, aus dem wir nicht ohne Beeinträchtigung der Wirkung eine einzelne Komponente herausbrechen können.

Sicherheitspolitik ist primär eine Angelegenheit des Bundes. Gibt es daneben aus der Sicht eines Teilstaates, des Kantons St. Gallen, eine besondere Notwendigkeit des Weiterbestandes unserer Armee? Wir sind davon überzeugt.

Zunächst lässt die militärisch exponierte Lage unseres Kantons die besondere Bedeutung der Armee für den Kanton St. Gallen als besonders augenfällig erscheinen. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die militärische Bedeutung der Festungen im Talkessel von Mels/Sargans hinzuweisen. Dazu kommt, dass die an strategisch wichtigen Orten vorhandenen Panzerhindernisse, Sprengobjekte und andere Hindernisbauten zu den modernsten der Welt gehören und unserer Bevölkerung einen guten Schutz und entsprechende Sicherheit bieten.

Ein besonderes Interesse des Kantons St. Gallen an der Armee liegt im Bereich der Waffenplätze. Es zeigt sich immer wieder, dass bei gutem Willen ein sinnvolles Nebeneinander von militärischen Übungsplätzen und Landschaftsschutz durchaus möglich ist. Auch bei uns gibt es gute Beispiele dafür, dass sich die vom Militär beanspruchten Landschaften in der übungsfreien Zeit als Erholungsgebiete oder als Durchführungsorte für Sportanlässe anbieten.



Zielen allein reicht nicht. Man muss auch treffen.

Es gibt viele Wege, sein Vermögen anzulegen. Der profitabelste ist der beste. Man muss ihn nur kennen. Mit dem erfahrenen Beratungsteam der renommierten Bank Julius Bär zur Seite verfügen Sie über Experten, die – auf einer fast 100jährigen Tradition fussend – als Vermögensberater privater und institutioneller Kunden höchst treffsicher arbeiten. Sie bieten Ihnen die aussichtsreichsten konservativen, aber dennoch innovativen Konzepte an.

* Bank Julius Bär: Unser individueller Service ist so leicht nicht zu überbieten.

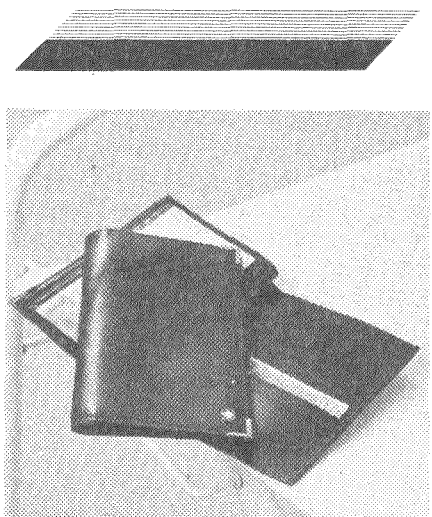
JBcoB

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11

Genf · München · London · New York · San Francisco · Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio



Mit Agenda 1990

Kennen Sie das FDP-Portefeuille? Es ist aus bestem Anilinleder (bordeauxfarbig) und mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. versehen, und dazu noch mit der FDP-Agenda für das kommende Jahr.



Ich bestelle... Ex. FDP-Portefeuille (inkl. Jahresagenda 1990) à Fr. 44.-, plus Verpackungs- und Versandkosten.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Unterschrift _____

Datum _____

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62